

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

Telefon 0521 - 17 99 22
Telefax 0521 - 17 99 30
Faxabruf 0521 - 96 88 74-10
Marktstraße 10, DGB-Haus
D - 33602 Bielefeld
Träger: Förderverein
gewerkschaftliche
Arbeitslosenarbeit e.V.

Pressemeldung vom 30.10.2002

„Nicht die Sparschweine der Nation“

Erwerbslosengruppen kritisieren am Weltspartag geplante Kürzungen

Anlässlich des Weltspartags (30. Oktober) der Banken und Sparkassen hat die bundesweite Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) die von der Regierungskoalition geplanten Leistungskürzungen scharf kritisiert.

Nach Berechnungen der Koordinierungsstelle hätte ein Bezieher von Arbeitslosengeld mit einem Kind und vormals durchschnittlichem Verdienst (Steuerklasse III) nach den Plänen der Bundesregierung zukünftig 80 Euro weniger pro Monat zum Leben. Die darüber hinaus bei der Arbeitslosenhilfe geplanten Einschnitte, führten nicht nur zu Einkommenseinbußen, sondern grenzten über ein Viertel der Langzeitarbeitslosen vollständig aus dem Leistungsbezug aus.

„Das Risiko der Arbeitslosigkeit wird für diese Betroffenen vollständig privatisiert, eine sozialstaatliche Absicherung findet bei längerer Arbeitslosigkeit schlicht nicht mehr statt, obwohl vielleicht Jahre oder gar Jahrzehnte Beiträge eingezahlt wurden“ kritisiert Martin Künkler von der Koordinierungsstelle.

Konkret plant die rot-grüne Bundesregierung das Arbeitslosengeld für Erwerbslose mit Kindern von 67 auf 60 Prozent des letzten Nettoverdienstes abzusenken und statt dessen eine Pauschale von 35 Euro pro Kind zu zahlen. Bei der bedürftigkeitsabhängigen Arbeitslosenhilfe, die im Anschluss an das Arbeitslosengeld gezahlt wird, sollen Vermögen und Partnereinkommen stärker angerechnet werden.

Angesichts der massiven Kürzungen bezeichnete die Koordinierungsstelle das Bekenntnis Schröders in seiner Regierungserklärung zu „einem handlungsfähigen Staat, der Gerechtigkeit organisiert“, als „zynisch“.

„Wer knietief im Dispo steht, wird geschöpft, wer vollfett im Wohlstand lebt, bleibt verschont“ sagte Künkler weiter. Bei einer angemessenen Besteuerung der wirtschaftlich Leistungsfähigen seien Kürzungen bei Erwerbslosen überflüssig und könnten die notwendigen Einnahmen für dringend benötigte öffentliche Investitionen mobilisiert werden. Beispielsweise seien die Wiederbelebung der Vermögensteuer, eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften sowie eine Begrenzung des Ehegattensplittings für hohe Einkommen längst überfällig.

„Die gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen werden nicht tatenlos zusehen, wie sie von Rot-Grün zu Sparschweinen der Nation gemacht werden“ erklärte Künkler.

Ansprechpartner für diese Pressemitteilung: Martin Künkler